

Europäisches Wirtschaftsrecht

Studienbuch

von

Dr. Stefan Enchelmaier,
L.L.M. (Edinburgh), M.A. (Oxon.),
wissenschaftlicher Referent am Max-Planck-Institut für Geistiges Eigentum,
Wettbewerbs- und Steuerrecht, München.

Verlag W. Kohlhammer

Inhaltsverzeichnis

<i>Vorwort</i>	V
<i>Abkürzungsverzeichnis</i>	XIX
I. Teil: Einführung	1
A. Gegenstand und Gang der Darstellung	1
§ 1 Gegenstand der Darstellung	1
§ 2 Gang der Darstellung	2
B. Die wirtschaftlichen Grundlagen des Gemeinsamen Markts .	3
§ 3 Die Lehre von den komparativen Vorteilen	3
C. Die Regelungstechniken des EG-Vertrags	5
§ 4 Negative und Positive Integration	5
I. Negative Integration: Marktöffnung durch Verbotsnormen im EG-Vertrag	5
II. Positive Integration: Marktöffnung durch gemeinschaftliche Rechtsangleichung	10
§ 5 Diskriminierungsverbot und Binnenmarktgebot	15
I. Das Diskriminierungsverbot, Art. 12 EG	15
1. Die Grundfreiheiten als Ausprägungen des Diskriminierungsverbots	15
2. Gleichbehandlung, Ungleichbehandlung und Diskriminierung	16
3. Die verschiedenen Rechtfertigungsgründe	18
a) Unterschiedslos und unterschiedlich anwendbare Maßnahmen	18
b) Die Rechtfertigung unterschiedslos anwendbarer Maßnahmen	20
c) Die Rechtfertigung unterschiedlich anwendbarer Maßnahmen	23
d) Die Anwendbarkeit der geschriebenen und ungeschriebenen Rechtfertigungsgründe	25

Inhaltsverzeichnis

4. Arten der Diskriminierung	26
a) Formelle und materielle Diskriminierung	26
b) Direkte und indirekte Diskriminierung	27
c) Protektionistische und umgekehrte Diskriminierung.	31
II. Das Binnenmarktgebot, Art. 14.	32
§ 6 „Zwischenstaatliches Element“ und „rein interner Sachverhalt“.	35
§ 7 Die Adressaten der Regeln des europäischen Wirtschaftsrechts	37
§ 8 Die Eigenständigkeit der gemeinschaftsrechtlichen Begriffsbildung	40
II. Teil: Die Warenverkehrsfreiheit	42
A. Anwendungsbereich	42
§ 9 Der Begriff der „Ware“.	42
B. Die Bestimmungen des EG-Vertrags über den freien Warenverkehr.	43
§ 10 Das Verbot mengenmäßiger Beschränkungen und Maßnahmen gleicher Wirkung, Artikel 28-31 EG.	43
I. Mengenmäßige Einfuhrbeschränkungen, Art. 28, 1. Alternative.	45
II. Maßnahmen Gleicher Wirkung wie Mengenmäßige Einfuhrbeschränkungen, Art. 28, 2. Alternative	45
1. Die Entwicklung der Rechtsprechung	46
a) Das Urteil <i>Dassonville</i>	46
b) Das Urteil <i>Cassis de Dijon</i>	48
c) Das Urteil <i>Keck und Mithouard</i>	54
d) Das System der Rechtsprechung	61
2. Sekundärrecht zu Art. 28	62
3. Die Bestandteile der <i>Dassonville-Formel</i>	64
a) „Jede Handelsregelung.“	65
b) „eines Mitgliedstaats.“	65
c) „die geeignet ist.“	67
d) „zur Behinderung.“	67
e) „unmittelbar oder mittelbar.“	67
f) „tatsächlich oder potentiell.“	68
g) „des Handels.“	68
h) „zwischen Mitgliedstaaten.“	69
4. Die Rechtfertigungsgründe auch für unterschiedlich anwendbare Maßnahmen, Art. 30, 134	71
a) Schutz der Gesundheit und des Lebens von Menschen	72
b) Schutz der Gesundheit und des Lebens von Tieren oder Pflanzen	75

c) Öffentliche Sittlichkeit	76
d) Öffentliche Ordnung und Sicherheit	76
e) Schutz des nationalen Kulturguts von künstlerischem, geschichtlichem oder archäologischen Wert	78
f) Gewerbliches und kommerzielles Eigentum	78
g) Schutzmaßnahmen gegenüber Drittlandswaren, Art. 134 UAbs. 2	78
5. Die Rechtfertigungsgründe (nur) für unterschiedslos anwendbare Maßnahmen	79
a) Maßnahmen mit Mehrfachbelastung	79
b) Maßnahmen ohne Mehrfachbelastung	81
c) Verbraucherschutz	84
d) Redlichkeit des Handelsverkehrs	85
e) Umwelt und Arbeitsumwelt, Art. 95 Abs. 4 und 5. Art. 95 Abs. 4	86
f) Medienvielfalt	87
g) Artenvielfalt	88
h) Wirksamkeit der Steuerkontrollen	88
i) Nationale oder regionale soziokulturelle Besonderheiten	88
j) Finanzielles Gleichgewicht der Krankenversicherung.	88
k) Sonstige Rechtfertigungsgründe	89
6. Der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit, Artikel 30 Satz 2.	89
III. Mengenmäßige Ausfuhrbeschränkungen und Maßnahmen Gleicher Wirkung, Art. 29.	91
IV. Warenverkehrsfreiheit und Geistige Eigentumsrechte.	96
1. Die Spannung zwischen Warenverkehrsfreiheit und geistigen Eigentumsrechten	97
2. Sekundäres Gemeinschaftsrecht	98
3. Die Hauptfunktion geistiger Eigentumsrechte	98
a) Patente	99
b) Kennzeichen	100
4. Der spezifische Gegenstand geistiger Eigentumsrechte	101
5. Die Erschöpfung geistiger Eigentumsrechte	102
a) Zustimmung des Rechtsinhabers zur Erstvermarktung	103
b) Übereinstimmung der Waren und der erschöpften Rechte	108
c) Vermarktung in einem Mitgliedstaat	111
6. Die Folge der Erschöpfung: die Zulässigkeit von Paralleleinfuhren	112
7. Zulässigkeit von Veränderungen der Ware	114
a) Künstliche Abschottung der Märkte	115
b) Keine Beeinträchtigung des Originalzustands der Ware.	116
c) Keine Beeinträchtigung des Rufs der Marke oder ihres Inhabers	116
d) Unterrichtung des Markeninhabers	117
e) Weitere Erfordernisse beim Umpacken von Arzneimitteln	117
V. Staatliche Handelsmonopole, Art. 31.	117

Inhaltsverzeichnis

§ 11 Das Verbot der Binnenzölle und zollgleichen Abgaben, Art. 25. ...	120
I. Das Verbot der Ein- und Ausfuhrzölle, Art. 25, 1. Alternative	120
II. Das Verbot der zollgleichen Abgaben, Art. 25, 2. Alternative .	121
1. „Jede finanzielle Belastung“	121
2. „einseitig durch einen Mitgliedstaat.“	122
3. „auferlegt“	122
4. „die auf eingeführte oder auszuführende Waren wegen des Grenzübertritts erhoben wird“	123
a) Die Abgrenzung von Steuern und zollgleichen Abgaben .	124
b) Zollgleiche Abgaben kraft Verwendung des Steueraufkommens.	125
5. „unangesehen der Modalitäten der Erhebung, der Verwendung des Aufkommens oder des Ausbleibens protektionistischer Wirkungen“	126
§ 12 Das Verbot diskriminierender und protektionistischer Verbrauchssteuern, Artikel 90.	128
I. Der Anwendungsbereich des Artikels 90.	129
II. Der Begriff der inländischen Abgaben	130
III. Unmittelbare und mittelbare Besteuerung von Waren	130
IV. Das Verbot diskriminierender Steuern, Art. 90 UAbs. 1.	131
1. Gleichartige Waren.	131
a) Gleichartigkeit kraft gesetzlicher Unterscheidungsmerkmale.	132
b) Andere Fälle von Gleichartigkeit	133
2. Vergleich der Abgabenbelastung	133
a) Differenzierung der Steuersätze.	133
b) Diskriminierung bei den Steuersätzen	134
c) Berechnung und Modalitäten der Steuerschuld.	134
V. Das Verbot protektionistischer Steuern, Art. 90 UAbs. 2	135
1. Wettbewerb zwischen den Waren.	135
2. Mittelbarer Schutz inländischer Produktionen	136
a) Protektionistische Wesenszüge der Besteuerung	137
b) Fehlen einer Schutzwirkung	137
C. Die Rechtsangleichung im Bereich des freien Warenverkehrs	139
§ 13 Die Harmonisierung im Bereich des Art. 28: Art. 94 und 95	139
I. Voraussetzungen der Harmonisierung nach Art. 94 und 95 ..	139
II. Die „Richtlinien neuen Typs“	141
III. Das Informationsverfahren nach der Richtlinie 98/34/EG ...	142
§ 14 Die Harmonisierung im Bereich der Art. 25 und 90.	144
I. Der Gemeinsame Zolltarif, Art. 26.	144
II. Die Harmonisierung der indirekten Steuern, Art. 93.	144

III. Teil: Die Arbeitnehmerfreizügigkeit, die Niederlassungsfreiheit und die Dienstleistungsfreiheit	146
A. Der Anwendungsbereich der Art. 39, 43, und 49.	146
§ 15 Die Entwicklung der Rechtsprechung zu den Personenverkehrsfreiheiten	146
I. Die Entfaltung des Diskriminierungsbegriffs im Bereich der Personenverkehrsfreiheiten.	147
II. Die Anwendung des Binnenmarktbegriffs auf die Personenverkehrsfreiheiten.	149
III. Keck und die Personenverkehrsfreiheiten	150
§ 16 Primäres und sekundäres Gemeinschaftsrecht im Bereich der Personenverkehrsfreiheiten	153
§ 17 Die Arbeitnehmerfreizügigkeit, Art. 39	154
I. Der Begriff des Arbeitnehmers	155
1. Der allgemeine Arbeitnehmerbegriff.	155
2. Teilzeitbeschäftigte.	155
3. Bezieher niedriger Einkommen oder von Sachleistungen	155
4. Studenten, die zuvor Arbeitnehmer waren	156
5. Studenten, die nicht zuvor Arbeitnehmer waren.	157
6. Arbeitslose.	157
II. Zwischenstaatliches Element	158
III. Die Rechte der Arbeitnehmer und der anderen Berechtigten	159
1. Arbeitnehmer.	159
a) Recht zur Bewerbung um tatsächlich angebotene Stellen (Art. 39 Abs. 3 Buchst, a).	159
b) Recht auf freie Bewegung zur Stellensuche (Art. 39 Abs. 3 Buchst, b).	160
c) Aufenthaltsrecht (Art. 39 Abs. 3 Buchst, c Halbsatz 1)	161
d) Recht der diskriminierungsfreien Berufsausübung (Art. 39 Abs. 3 Buchst, c Halbsatz 2).	162
e) Verbleiberecht nach Ende der Beschäftigung (Art. 39 Abs. 3 Buchst, d).	164
f) Soziale Sicherheit, Art. 42.	165
2. Ehegatten.	166
3. Kinder und andere Angehörige.	168
4. Studenten.	170
5. Arbeitslose.	172
IV. Arbeitnehmerfreizügigkeit und Unionsbürgerschaft	175

Inhaltsverzeichnis

§ 18 Die Niederlassungsfreiheit, Art. 43-48	179
I. Der Begriff der Niederlassung	179
II. Primäre und sekundäre Niederlassung	181
III. Zwischenstaatliches Element	182
IV. Die Niederlassungsfreiheit natürlicher Personen	183
V. Die Niederlassungsfreiheit juristischer Personen	185
1. Die Bestimmungen des Vertrags: Art. 48 und 43	186
2. Die Rechtsprechung des EuGH zum Niederlassungsrecht der Gesellschaften	190
a) Das Urteil <i>Segers</i>	190
b) Das Urteil <i>Daily Mail</i>	191
c) Das Urteil <i>Centros</i>	192
d) Das Urteil <i>Überseering</i>	193
e) Das Urteil <i>Inspire Art</i>	196
3. Gemeinschaftliche Rechtsangleichung im Bereich des Gesellschaftsrechts	197
a) Rechtsakte zur Einführung europäischer Einheitsformen für Gesellschaften	198
b) Harmonisierung des nationalen Gesellschaftsrechts	199
§ 19 Die Dienstleistungsfreiheit, Art. 49	202
I. Der Begriff der Dienstleistung	202
II. Die Grenzüberschreitung bei der Dienstleistung	204
B. Die Beschränkungen der Personenverkehrsfreiheiten und ihre Rechtfertigung	207
§ 20 Die Beschränkungen der Personenverkehrsfreiheiten	207
I. Erscheinungsformen von Beschränkungen	207
1. Arbeitnehmerfreizügigkeit	207
2. Niederlassungsfreiheit	208
3. Dienstleistungsfreiheit	208
II. Beschränkungen mit Mehrfachbelastung	208
III. Beschränkungen ohne Mehrfachbelastung	210
§ 21 Die Rechtfertigung der Beschränkungen	210
I. Die Rechtfertigungsgründe (auch) für unterschiedlich anwendbare Beschränkungen	211
1. Die „Bereichsausnahme“ für die öffentliche Verwaltung, Art. 39 Abs. 4, Art. 45, 55	211
2. Öffentliche Ordnung, Sicherheit und Gesundheit, Art. 39 Abs. 3, Art. 46, 55	213
a) Materiellrechtliche Bestimmungen	214
b) Verfahrensgarantien	216

II. Rechtfertigungsgründe (nur) für unterschiedslos anwendbare Beschränkungen	218
1. Verbraucherschutz	219
a) Dienstleistungs- und Niederlassungsfreiheit der Rechtsanwalter: die Richtlinien 77/249 und 98/5	220
b) Die wechselseitige Anerkennung berufsbefahigender Abschlüsse: die Richtlinien 89/48 und 92/51.	224
2. Rechtfertigungsgründe im Zusammenhang mit direkten Steuern	230
a) Der Einfluss der Grundfreiheiten auf die direkten Steuern	230
b) Ungleichbehandlungen bei den direkten Steuern	231
c) Die Bekämpfung der Steuerhinterziehung und die Erfordernisse der steuerlichen Überwachung als Rechtfertigungsgründe	235
d) Die Kohärenz des nationalen Steuersystems als Rechtfertigungsgrund	237
3. Sonstige Rechtfertigungsgründe	238
III. Die Verhältnismäßigkeit der Beschränkungen.	240
IV. Teil: Die Kapitalverkehrsfreiheit	242
§ 22 Die Entwicklung der Regeln über die Kapitalverkehrsfreiheit	242
§ 23 Die gegenwärtigen Regeln über die Kapitalverkehrsfreiheit, Art. 56-60.	244
I. Der Begriff des Kapitalverkehrs	244
II. Der Begriff des Zahlungsverkehrs.	244
III. Beschränkungen des Kapital- und Zahlungsverkehrs.	245
IV. Rechtfertigung der Beschränkungen	246
1. Rechtfertigungsgründe (auch) für unterschiedlich anwendbare Beschränkungen, Art. 58.	246
a) Anwendung der Vorschriften des Steuerrechts, die Steuerpflichtige mit unterschiedlichem Wohnort oder Kapitalanlageort unterschiedlich behandeln, Art. 58 Abs. 1 Buchst. a	247
b) Verhinderung von Zuwiderhandlungen auf dem Gebiet des Steuerrechts und der Finanzaufsicht, Art. 58 Abs. 1 Buchst. b, 1. Alternativ.	247
c) Meldeverfahren, Art. 58 Abs. 1 Buchst. b, 2. Alternative.	247
d) Öffentliche Ordnung oder Sicherheit, Art. 58 Abs. 1 Buchst. b, 3. Alternative.	248
e) Zulässige Beschränkungen des Niederlassungsrechts, Art. 58 Abs. 2	248

Inhaltsverzeichnis

2. Rechtfertigungsgründe (nur) für unterschiedslos anwendbare Beschränkungen.	249
a) Kohärenz des nationalen Steuersystems.	249
b) Raumplanung	249
c) Klarheit des Systems der Grundpfandrechte.	250
3. Verhältnismäßigkeit der Beschränkungen, Art. 58 Abs. 3	250
V. Teil: Das Wettbewerbsrecht der Europäischen Gemeinschaft	251
A. Vorschriften für Unternehmen, Art. 81-86.	251
§ 24 Das Wettbewerbsrecht für Unternehmen	251
I. Überblick	251
II. Drei Tatbestände	252
III. Verhältnis zu anderen Vertragsbestimmungen.	253
IV. Das Nebeneinander von gemeinschaftlicher und mitgliedstaatlicher Wettbewerbspolitik sowie des jeweiligen Rechtsschutzes.	254
§ 25 Kartellverbot, Art. 81	255
I. Die Verbotsadressaten.	256
1. Unternehmen	256
2. Unternehmensvereinigungen.	257
II. Verbotene Verhaltensweisen, Art. 81 Abs. 1.	257
1. Vereinbarungen zwischen Unternehmen.	257
2. Beschlüsse von Unternehmens Vereinigungen.	258
3. Aufeinander abgestimmte Verhaltensweisen	258
III. Der relevante Markt	259
IV. Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs.	261
V. Bezwecken oder Bewirken der Wettbewerbsverfälschung	262
VI. Beeinträchtigung des zwischenstaatlichen Handels und Spürbarkeitsschwelle.	263
VII. Freistellung vom Kartellverbot, Art. 81 Abs. 3.	264
1. Freistellung durch Gruppenfreistellungsverordnungen	264
2. Einzelprüfung nach Art. 81 Abs. 3.	265
VIII. Nichtigkeit verbotswidriger Vereinbarungen und Beschlüsse, Art. 81 Abs. 2.	266

§ 26 Verbot des Missbrauchs einer marktbeherrschenden Stellung, Art. 82	266
I. Marktbeherrschende Stellung	267
II. Missbräuchliche Ausnutzung der marktbeherrschenden Stellung	269
III. Beeinträchtigung des Handels zwischen Mitgliedstaaten	270
§ 27 Verfahrensrecht zu den Art. 81, 82: Die Verordnung (EG) Nr. 1/2003 und ergänzende Verordnungen	270
§ 28 Zusammenschlusskontrolle, Verordnung (EG) Nr. 139/2004	272
I. Anwendbares Recht und Zuständigkeiten	272
II. Begriff des Zusammenschlusses	272
III. Gemeinschaftsweite Größenordnung	273
IV. Behinderung wirksamen Wettbewerbs	273
V. Verfahrensrecht und weiteres Sekundärrecht zur Zusammenschlusskontrolle	274
§ 29 Konkurrenzen zwischen den Tatbeständen des Wettbewerbsrechts für Unternehmen	275
B. Staatliche Beihilfen, Art. 87-89	275
§ 30 Das Beihilfenverbot und seine Ausnahmen, Art. 87	276
I. Das Beihilfenverbot, Abs. 1	276
1. Anwendbarkeit des Beihilfenverbots	277
2. „Beihilfe“	277
a) Allgemeines	277
b) Unternehmen mit gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen	278
3. „staatlich oder aus staatlichen Mitteln gewährt“	279
4. „Begünstigung bestimmter Unternehmen oder Produktionszweige“	281
5. „die den Wettbewerb verfälschen oder zu verfälschen drohen“	282
6. Beeinträchtigung des Handels zwischen Mitgliedstaaten	282
7. Unvereinbarkeit mit dem Gemeinsamen Markt	283
II. Mit dem Gemeinsamen Markt vereinbare Beihilfen, Art. 87 Abs. 2	283
1. Beihilfen sozialer Art, Art. 87 Abs. 2 Buchst. a	284
2. Beihilfen zur Beseitigung von Schäden aus Naturkatastrophen und außergewöhnlichen Ereignissen, Art. 87 Abs. 2 Buchst. b	284
3. Beihilfen zum Ausgleich der Folgen der deutschen Teilung, Art. 87 Abs. 2 Buchst. c	284

Inhaltsverzeichnis

4. Beihilfen, die unter eine Freistellungsverordnung fallen.	285
a) Ausbildungsbeihilfen, Verordnung 68/2001.	285
b) Beschäftigungsbeihilfen, Verordnung 2204/2002.	286
c) Beihilfen von geringer Größenordnung (de minimis), Verordnung 69/2001.	286
d) Beihilfen für kleine und mittlere Unternehmen, Verordnung 70/2001.	287
5. Sektorale Beihilfenregelungen.	287
III. Genehmigungsfähige Beihilfen, Art. 87 Abs. 3.	288
1. Beihilfen zur Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung, Art. 87 Abs. 3, Buchst. a	288
2. Beihilfen zur Förderung wichtiger Vorhaben und zur Behebung einer beträchtlichen Störung im Wirtschaftsleben eines Mitgliedstaats, Art. 87 Abs. 3 Buchst. b.	288
3. Beihilfen zur Förderung gewisser Wirtschaftszweige oder Wirtschaftsgebiete, Art. 87 Abs. 3, Buchst. c.	289
4. Beihilfen zur Förderung der Kultur, Art. 87 Abs. 3 Buchst. d.	290
5. Sonstige Beihilfen kraft Ratsentscheidung, Art. 87 Abs. 3 Buchst. e.	290
§ 31 Das Verfahren zur Kontrolle staatlicher Beihilfen, Art. 88	290
I. Überblick über das Verfahren	290
II. Vorverfahren bei neuen Beihilfen, Art. 88 Abs. 3.	292
1. Überblick	292
2. Die Mitteilungs- und Stillhaltepflicht der Mitgliedstaaten.	292
3. Die Eröffnung des Hauptprüfverfahrens.	293
4. Rechtsschutz vor den Gemeinschaftsgerichten gegen die Entscheidung am Ende des Vorprüfverfahrens.	294
5. Die Rolle der mitgliedstaatlichen Gerichte.	295
III. Vorverfahren bei bestehenden Beihilfen, Art. 88 Abs. 1.	296
IV. Hauptprüfverfahren, Art. 88 Abs. 2.	297
1. Beteiligung am Hauptprüfverfahren.	298
2. Aussetzen und Rückforderung illegaler Beihilfen.	298
3. Rechtsschutz gegen Entscheidungen am Ende des Hauptprüfverfahrens.	300
V. Die Rechtmäßigkeitsprüfung	302
1. Die äußerlichen Anforderungen an die Rechtmäßigkeit der Kommissionsentscheidungen.	302
a) Verfahren und Form.	302
b) Begründung.	303
2. Der Maßstab für die Rechtmäßigkeit der Kommissionsentscheidungen.	303

VI. Teil: Fallaufbau	305
§ 32 Der Prüfungsaufbau für die Grundfreiheiten	305
§ 33 Konkurrenzen zwischen den Grundfreiheiten	306
I. Konkurrenzen innerhalb der Vorschriften über die Warenverkehrsfreiheit	306
II. Andere Konkurrenzen	307
1. Konkurrenzen zwischen den Personenverkehrsfreiheiten.	307
2. Konkurrenzen zwischen Personenverkehrsfreiheiten und Kapitalverkehrsfreiheit	308
3. Konkurrenzen zwischen der Warenverkehrsfreiheit und den Personenverkehrsfreiheiten.	308
4. Konkurrenzen zwischen der Warenverkehrsfreiheit und dem Beihilfeverbot	308
VII. Teil: Prüfungsschemata	310
A Prüfungsschemata zur Warenverkehrsfreiheit	310
1. Verbot von Maßnahmen gleicher Wirkung wie mengenmäßige Beschränkungen, Art. 28, 29.	310
2. Freier Warenverkehr und geistige Eigentumsrechte.	311
3. Verbot der Zölle und zollgleichen Abgaben, Art. 25.	312
4. Verbot diskriminierender und protektionistischer Besteuerung, Art. 90.	313
B Prüfungsschemata zum Primärrecht der Personenfreiheiten	314
1. Arbeitnehmerfreizügigkeit, Art. 39.	314
2. Niederlassungsfreiheit, Art. 43.	315
3. Dienstleistungsfreiheit, Art. 49.	316
C Schema zu den Konkurrenzen zwischen den Grundfreiheiten	317
D Übersichten zum Sekundärrecht der Personenverkehrsfreiheiten	318
1. Einreise- und Aufenthaltsrichtlinie 68/360 und 73/148_____	318
2. Richtlinie 64/221.	318
3. Verordnung 1612/68.	319
4. Richtlinien 89/48 und 92/51.	320

Inhaltsverzeichnis

5. Richtlinien 77/249 und 98/5.	321
a) RL 77/249 - Freier Dienstleistungsverkehr der Rechtsanwälte.	321
b) RL 98/5 - Niederlassung von Rechtsanwälten aus anderen Mitgliedsstaaten.	322
E. Prüfungsschemata zum gemeinschaftlichen Wettbewerbsrecht.	323
1. Art. 81 Abs. 1: Verbot von Kartellen.	323
2. Art. 81 Abs. 3: Freistellung von Kartellen.	324
3. Art. 82: Missbrauchsverbot.	325
VIII. Teil: Definitionskalender.	326
A. Allgemeine Definitionen zu den Grundfreiheiten.	326
B. Definitionen zum freien Warenverkehr.	327
C. Definitionen zu den Personenverkehrsfreiheiten.	328
D. Definitionen zum Wettbewerbsrecht der Gemeinschaft.	329
IX. Teil: Besonders wichtige EuGH-Urteile.	331
<i>Sachverzeichnis.</i>	<i>337</i>